



Union Investment Privatfonds GmbH

Wichtige Mitteilung

an unsere Anlegerinnen und Anleger in Österreich

des in Österreich zum öffentlichen Vertrieb zugelassenen Sondervermögens mit der Bezeichnung KCD-Union Nachhaltig AKTIEN MinRisk (DE0005326532)

Änderung der Besonderen Anlagebedingungen

Die Geschäftsführung der Union Investment Privatfonds GmbH hat beschlossen, die Besonderen Anlagebedingungen (BABen) des Sondervermögens KCD-Union Nachhaltig AKTIEN MinRisk (nachfolgend „Sondervermögen“) zu ändern.

Aufgrund von Neuregelungen durch das Gesetz zur Reform der Investmentbesteuerung sowie neuen Vorgaben aus der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente („MiFID II“) werden Änderungen in den Anlagebedingungen des Sondervermögens erforderlich, die zum 1. Januar 2018 wirksam werden.

Im Zuge der Investmentsteuerreform wird in § 2 der BABen des Sondervermögens eine neue Regelung zur Erreichung einer steuerlichen Teilfreistellung aufgenommen. Das Sondervermögen muss dabei nach seinen Anlagegrenzen zu mindestens 51 Prozent in sogenannte Kapitalbeteiligungen investieren. Kapitalbeteiligungen sind dabei insbesondere zum amtlichen Handel an einer Börse zugelassene Aktien.

Um eine höhere Flexibilität bei der Auswahl der erwerbenden Aktien zu erreichen entfällt zugleich die bisherige Regelung in § 2 Abs. 1 der BABen, wonach mindestens 51 Prozent des Wertes des Sondervermögens aus voll eingezahlten Aktien, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an einer Börse zum amtlichen Markt zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind, der anerkannt und für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, bestehen müssen.

Vor dem vorgenannten Hintergrund des Wegfalls einer überwiegenden Anlage des Sondervermögens in der EU/EWR werden zugleich die Regelungen in § 5 der BA-

Ben zu Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge auf ein sog. Forward-Pricing umgestellt, wodurch sich zeitliche Veränderungen bei einer entsprechenden Auftragsdurchführung ergeben.

Zudem werden die nachfolgend dargestellten Änderungen in den Kostenregelungen des Sondervermögens vorgenommen:

In § 6 der BABen des Sondervermögens wird eine Klausel aufgenommen, nach der die Gesellschaft in den Fällen, in denen für das Sondervermögen gerichtlich oder außergerichtlich Ansprüche durchgesetzt wurden, eine Vergütung von bis zu 5 Prozent der vereinnahmten Beträge berechnen kann.

Ebenfalls in § 6 der BABen des Sondervermögens wird aufgrund der Vorgaben aus der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente („MiFID II“) eine weitere Klausel aufgenommen, nach der die Kosten für die Bereitstellung von Analysematerial oder -dienstleistungen durch Dritte in begrenzter Höhe dem Sondervermögen belastet werden können. Diese Kostenposition wird in den Gesamtbetrag eingerechnet, der täglich aus dem Sondervermögen entnommen werden kann. Die entsprechende Klausel in § 6 der BABen wird textlich angepasst.

Daneben werden redaktionelle oder klarstellende Anpassungen in den BABen vorgenommen.

Im Einzelnen werden die im nachfolgenden Tableau ausgewiesenen Änderungen umgesetzt.

Änderung der BAB	Vollständiger Wortlaut der Neufassung:
Präambel vor § 1	<p>Besondere Anlagebedingungen</p> <p>zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Union Investment Privatfonds GmbH, Frankfurt am Main, („Gesellschaft“) für das von der Gesellschaft verwaltete OGAW-Sondervermögen gemäß der OGAW-Richtlinie (nachfolgend „Sondervermögen“ genannt)</p> <p>KCD-Union Nachhaltig AKTIEN MinRisk,</p> <p>die nur in Verbindung mit den für dieses Sondervermögen von der Gesellschaft aufgestellten „Allgemeinen Anlagebedingungen“ gelten.</p>
§ 2 Abs. 1 (neu) Durch den ersatzlosen Wegfall des vormaligen Absatzes von § 2 Abs. 1 verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Absätze von § 2 der	Das Sondervermögen muss zu mindestens 51 Prozent in Aktien investieren, deren Aussteller und/oder deren Mittelverwendung der Nachhaltigkeit entsprechen bzw. dem nachhaltigen Gedanken Rechnung tragen. Mit Nachhaltigkeit ist dabei eine Entwicklung gemeint, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen (Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1987). Ferner wurde 1992 in Rio de Janeiro

BABen.	auf der Grundlage des Brundtland-Berichts von der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung eine Programmatik für die Bewältigung der gemeinsamen Zukunft der Menschheit entwickelt. Dieser liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass soziale, ökonomische und ökologische Entwicklungen nicht voneinander getrennt begriffen werden dürfen. Sie sind vielmehr als innere Einheit zu sehen, die zukünftige Entwicklungsstrategien kennzeichnen soll. Entsprechend diesem Verständnis der Nachhaltigkeit müssen die Aussteller der Aktien ihre Erfolge auch unter nachhaltigen Gesichtspunkten messen und/oder bei der Mittelverwendung Nachhaltigkeitskriterien integrieren.
§ 2 Abs. 3	Die Gesellschaft darf bis zu 49 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Geldmarktinstrumente nach § 6 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ investieren.
§ 2 Abs. 5	Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten dürfen über 5 Prozent hinaus bis zu 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens erworben werden, wenn der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Emittenten 40 Prozent des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigt.
§ 2 Abs. 8	<p>Vorbehaltlich der in den vorstehenden Ziffern 1 bis 7 festgelegten Anlagegrenzen gilt zudem, dass mindestens 51 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Kapitalbeteiligungen i. S. d. § 2 Absatz 8 Investmentsteuergesetz angelegt werden. Kapitalbeteiligungen in diesem Sinne sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anteile an Kapitalgesellschaften, die zum amtlichen Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind; - Anteile an Kapitalgesellschaften, die in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ansässig sind und dort der Ertragsbesteuerung für Kapitalgesellschaften unterliegen und nicht von ihr befreit sind; - Anteile an Kapitalgesellschaften, die in einem Drittstaat ansässig sind und dort einer Ertragsbesteuerung für Kapitalgesellschaften in Höhe von mindestens 15 Prozent unterliegen und nicht von ihr befreit sind; - Anteile an anderen Investmentvermögen entweder in Höhe der bewertungstäglich veröffentlichten Quote ihres Wertes, zu der sie tatsächlich in die vorgenannten Anteile an Kapitalgesellschaften anlegen oder in Höhe

	der in den Anlagebedingungen des anderen Investmentvermögens festgelegten Mindestquote.
Die Überschrift vor § 4 der BABen wird geändert in „ Anteile, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, Rücknahme von Anteilen und Kosten “.	
Die Überschrift von § 4 wird umbenannt in „ § 4 Anteile “.	
§ 5 Abs. 3	Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge, die bis 16:00 Uhr an einem Wertermittlungstag eingegangen sind, werden am folgenden Wertermittlungstag berücksichtigt (Wertermittlungstag +1) und werden mit dem für diesen Wertermittlungstag +1 ermittelten Ausgabe- oder Rücknahmepreis ausgeführt. Die entsprechende Abrechnung für die Anleger erfolgt ebenfalls am Bewertungstag für diesen Wertermittlungstag +1. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung zahlbar. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung.
§ 5 Abs. 4	Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge, die nach 16:00 Uhr an einem Wertermittlungstag oder einem Tag, der kein Wertermittlungstag ist, eingegangen sind, werden am übernächsten Wertermittlungstag berücksichtigt (Wertermittlungstag + 2) und werden mit dem für diesen Wertermittlungstag + 2 ermittelten Ausgabe- oder Rücknahmepreis ausgeführt. Die entsprechende Abrechnung für die Anleger erfolgt ebenfalls am entsprechenden Bewertungstag für diesen Wertermittlungstag + 2. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung zahlbar. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung.
§ 6 Abs. 3 (neu) Durch die Einfügung dieses neuen Absatzes verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Absätze von § 6 der BABen.	Die Gesellschaft kann in den Fällen, in denen für das Sondervermögen gerichtlich oder außergerichtlich streitige Ansprüche durchgesetzt werden, eine Vergütung von bis zu 5 Prozent der für das Sondervermögen – nach Abzug und Ausgleich der aus diesem Verfahren für das Sondervermögen entstandenen Kosten gemäß Ziffer 7a) – vereinnahmten Beträge berechnen.
§ 6 Abs. 6	Der Betrag, der täglich aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Ziffern 1, 4 und 5 als Vergütung sowie nach Ziffer 7f) als Aufwendungsersatz entnommen werden darf,

	kann insgesamt jährlich bis zu 2,55 Prozent des börsentäglich festgestellten Inventarwertes betragen.
§ 6 Abs. 7	f) Kosten für die Bereitstellung von Analysematerial oder -dienstleistungen durch Dritte in Bezug auf ein oder mehrere Finanzinstrumente oder sonstige Vermögenswerte oder in Bezug auf die Emittenten oder potenziellen Emittenten von Finanzinstrumenten oder in engem Zusammenhang mit einer bestimmten Branche oder einem bestimmten Markt bis zu einer Höhe von 0,20 Prozent p. a. des Sondervermögens, berechnet als Summe der jeweils angefallenen Einzelbeträge, die für jeden Kalendertag als 1/365 (in Schaltjahren 1/366) des börsentäglich festgestellten Inventarwertes ermittelt werden.

Die Änderungen der BABen wurden von der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt. Sie treten mit Wirkung zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Sollten Sie mit den vorgesehenen Anpassungen der BABen nicht einverstanden sein, haben Sie das Recht, Ihre Anteile bis zum 29. Dezember 2017 ohne weitere Kosten zurückzugeben.

Zum 1. Januar 2018 werden gleichzeitig die für das Sondervermögen geltenden Allgemeinen Anlagebedingungen angepasst. Diese Änderungen werden in einer separaten Veröffentlichung bekannt gemacht. Bei der Zahl- und Vertriebsstelle in Österreich wird dem Anleger auf Verlangen eine Papierversion der vorliegenden Mitteilung kostenlos zur Verfügung gestellt.

Union Investment Privatfonds GmbH

Geschäftsführung

Zahl- und Vertriebsstelle in Österreich:

VOLKSBANK WIEN AG, Kolingasse 14-16, A-1090 Wien